

Zu diesem Heft

Während dieses Heft gedruckt wird, entscheiden die Wählerinnen und Wähler über die Zusammensetzung des nächsten Bundestages – wir können also nicht brandaktuell sein und werden im nächsten Heft auf die Wahl zurückblicken.

Mit Verve nimmt unser Leser *Zellner* zum Zustand des Gymnasiums im „Brennpunkt“ Stellung: Tagespolitische Hektik, Entintellektualisierung und Wirtschaftskompatibilität verhindern nach seiner Einschätzung Allgemeinbildung und verursachen TIMMS und PISA.

Zwei der Fachaufsätze behandeln ökonomische Vorgänge und können für den Unterricht exemplarische Lehrstücke abgeben. Von *Michael Ehrke* und *Lothar Witte* wird Profifußball als „Ware“ untersucht, die auf globalisierten Märkten gehandelt wird. Das Thema allein sorgt für didaktische Brauchbarkeit! – Mit dem fiktiven neugegründeten Internet-Unternehmen FORMULA.COM nimmt *Rahild Neuburger* uns auf die Reise durch die Landschaft der New Economy. Teil 3 der Serie konzentriert sich auf Kapitalmärkte und die z.T. neuen Formen der Finanzierung und die Funktionen der Banken.

Petra Bendel analysiert in dem ersten Fachaufsatz die jüngste EU-Zuwanderungspolitik als Schritt auf dem Weg in die Festung Europa, statt dass Beiträge zur Prävention von Wanderungen der Armen und Bedrohten geleistet würden. Liberalere Vorschläge und besonders Absichtsbekundungen sind ebenfalls historisch und gegenwärtig in den europäischen Deklarationen und Beschlüssen auffindbar, zur Zeit werden jedoch eher neue Mauern für die Festung errichtet.

Klaus Hansen untersucht das „gefährliche Lachen“ über den politischen Witz während der NS-Zeit. Drei Flüsterwitze und die Geschichte der Sanktionen zeigen seine Bedrohlichkeit für die Machthaber. Der Untertan entzieht sich und schafft gesprochene Gegenöffentlichkeit, die ungreifbar bleibt. Der politische Witz ist in totalitären Systemen eine „Schule des Ungehorsams“.

Das Scheitern des Tariftreuegesetzes ist ein Beispiel für einen politischen Konflikt, der für die Erosion der einst stabilen deutschen Arbeitsmarktbeziehungen steht – so *Hans-Hermann Hartwich* in der ersten „Aktuellen Information“. Internationale und ostdeutsche Billiganbieter sollten (teilweise gestuft) bei öffentlichen Aufträgen an westdeutsche Tarifverträge gebunden werden, was unabhängig von der Ablehnung durch den Bundesrat wohl ohnehin europäischem Recht widersprochen hätte. In der zweiten „Aktuellen Information“ bewertet *Heinrich Pehle* die Änderung des Parteiengesetzes, die in Reaktion auf die Spendenskandale erfolgte, als im Ansatz gelungen. Aber die Kontrollbefugnisse des Bundestagspräsidenten seien nur halbherzig erweitert worden.

In der Rubrik „Rechtsprechung kommentiert“ verfolgt *H. Adamski* den Gang einer Verfassungsbeschwerde bis zu einem Entscheid des Bundesverfassungsgerichtes

und zitiert das Urteil in einiger Länge – dies ist konkrete Institutionenkunde „in Aktion“ an einem emotional besetzten Thema (Schlachten ohne Betäubung = Schächten).

Für junge Leute mag ebenso aktuell das Thema der Studiengebühren sein. Die verschlungenen Pfade der Argumente und der behaupteten empirischen Belege des Für und Wider entwirrt *Dominik Asef* in „Kontrovers“. Er prognostiziert, dass das Thema auch Streitpunkt in der kommenden Wahlperiode bleiben wird.

Können die Daten empirischer Forschung Konsequenzen für didaktische Praxis haben? *Sibylle Reinhardt* interpretiert Ergebnisse der Sachsen-Anhalt-Studie „Jugend und Demokratie“ und zeigt, was daraus für Schul- und Unterrichtspraxis und für Bildungspolitik folgt.

Ausführlich (als „Analyse“) beleuchtet *R. Hauser* die Entwicklung der personellen Einkommens- und Vermögensverteilungen im vergangenen Vierteljahrhundert. Erstere ist – trotz Massenarbeitslosigkeit – nur leicht ungleicher geworden. Das Vermögen ist zwar viel ungleicher verteilt als das Einkommen, die Ungleichheit hat aber wohl eher abgenommen – für manche Leserin und manchen Leser vielleicht ein unerwartetes Ergebnis.

Es ist etwas richtig zu stellen: Die Fußnote im Aufsatz von *Josef Böling* im Heft 2/2002, „Entscheidungsspiel zu Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“, S. 229ff. konnte das Missverständnis erregen, als hätte die Bundeszentrale für politische Bildung im Magazin „Fluter“ vom September 2001 nur Argumente der Wirtschaft gegen den Rechtsextremismus angeführt. Das Heft „Betrifft: Rechtsextreme“ steht aber unter dem Motto „Antworten einer Zivilgesellschaft“ und enthält lesenswerte Dokumentationen, Argumentationen und Hintergrundartikel aus unterschiedlichen Perspektiven.

Die Herausgeber